

10 Landesregierung muss sich für vollen Erhalt der Bankenaufsicht bei der BaFin einsetzen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10022

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10058

Ich eröffne die Beratung und gebe Frau Hendricks von der SPD das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist schwierig, nach einer solchen Übereinstimmung des Landtags in der Frage der Liberalität der Grundrechte und auch der Schuld, die dieses Land auf sich geladen hat, in einen Dissens einzutreten. Gleichwohl habe ich die Aufgabe, jetzt sozusagen unsere Position zur Verlegung der BaFin nach Frankfurt darzulegen.

Vom Staatshaushalt über die sozialen Versicherungen bis hin zur privaten Lebensplanung hat die Finanzkrise seit ihrem Ausbruch das gesellschaftliche Leben verändert. Das Finanzsystem ist - leider - latent instabil.

Vor diesem Hintergrund erleben wir nun, wie im Bund Kompetenzen in der bisher bewährten Bankenaufsicht hin- und hergeschoben werden. Denn nach dem Willen von CDU und FDP

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

und dem Bundesbankpräsidenten soll die Bankenaufsicht von der BaFin zur Bundesbank nach Frankfurt verlegt werden.

Meine Damen und Herren, die Finanzkrise ist nicht deswegen ausgebrochen, weil die Bankenaufsicht in Deutschland dezentralisiert ist. Viele Länder mit zentraler Bankenaufsicht haben die Krise deutlich schlechter gemanagt als wir. Die Finanzkrise ist ausgebrochen, weil der politische Wille zur Regulation dieser Märkte fehlte.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Das Know-how, das die Bankenaufsicht seit 2002 systematisch bei der BaFin gesammelt hat, soll nun durch Ordnungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen gefährdet werden. Das, meine Damen und Herren, ist riskant und für Bürger und Fachleute nicht nachvollziehbar. Die BaFin stellt eine moderne Allfinanzaufsicht dar, die Querschnittsbereiche einbezieht und durch die Versicherungsaufsicht die Gesamtarchitektur des Finanzwesens im Blick hat. Diese Stärke sollte erhalten werden.

Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, schreiben in Ihrem Entschließungsantrag, dass Sie die Versicherungsaufsicht in Bonn belassen wollen. Das ist von den Koalitionären ausdrücklich nicht entschieden worden.

Eine Zuständigkeit für die Versicherungsaufsicht sei noch nicht entschieden, heißt es im Koalitionsvertrag.

(Beifall von der SPD)

Anders als CDU und FDP es in ihrem Entschließungsantrag darstellen, geht der europäische Trend auf Vorschlag der Kommission dahin, die bisher in drei Säulen aufgeteilten Aufsichten in einem gemeinsamen Ausschuss zu verbinden.

Wenn man sich diese Entwicklung anschaut, wird deutlich, dass es einen klaren Trend zur starken Vernetzung und institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Aufsichtsbereichen gibt. Sowohl die Bundesbank wie die Bundesregierung haben ausdrücklich erklärt, die Unabhängigkeit der Bundesbank auch nach einem Kompetenzgewinn durch die Bankenaufsicht nicht infrage zu stellen. Hiermit aber werden die Fehler, die zur Krise geführt haben, wiederholt.

Gerade jetzt ist es wichtig, die Bankenaufsicht mit einer Fach- und Rechtsaufsicht auszustatten.

(Beifall von der SPD)

Mit einem Vorschlag zur Zusammenführung werden - anders als Sie es behaupten - die Reibungsverluste bei der Finanzmarktaufsicht erst eingebaut, meine Damen und Herren.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen in Bonn existiert seit 2002. Viele Mitarbeiter sind mit ihren Familien nach Bonn gezogen. Diesen Mitarbeitern wird nun ein erneuter Umzug zugemutet. Es ist zu befürchten - ich weiß das aus den Gesprächen mit den Mitarbeitern der BaFin -, dass gerade die Hochqualifizierten nicht umziehen wollen und sich um einen anderen Arbeitsplatz bemühen. Andere müssen dann umziehen.

Ein Umzug verbietet sich aus unserer Sicht aus fachlichen Gründen und aus sozialen Gründen. Betroffen von einem Umzug der Bankenaufsicht nach Frankfurt sind etwa 300 bis 400 Mitarbeiter. Das ist ein Viertel der Gesamtarbeitsplätze.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Herr Weisbrich, Sie haben heute Morgen formuliert: Menschen aus NRW werden auf keinen Fall unter die Räder kommen. - Hier, meine Damen und Herren, haben Sie die ersten Opfer, die Sie unter die Räder kommen lassen, weil Sie schlicht und einfach Arbeitsplätze aus NRW verlagern.

(Beifall von der SPD - Christian Weisbrich [CDU]: Wieder eine Unterstellung!)

Auch wenn Sie heute verlauten lassen, dass eine Zusammenlegung nicht auf Kosten der Beschäftigten umgesetzt wird: Das glaubt Ihnen in der BaFin niemand.

Wir sind für den Erhalt einer effektiven Bankenkontrolle und für den Erhalt der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Es wäre schön, wenn Sie auf den Regierungsbänken sich ebenfalls dafür entscheiden würden. Wir sehen dies mit dem Vorhaben der Bündelung der Bankenaufsicht als nicht gegeben an. - Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD)

